

Christian Neff  
Tannenstrasse 58  
9010 St. Gallen

Stadtrat  
Stadtkanzlei  
9000 St.Gallen

St.Gallen, 04.10.2019

**Einfache Anfrage: Mehr Transparenz bei den Anlagekonten für Mitarbeiter der Stadt.**

Sehr geehrter Herr Stadtpräsident  
Sehr geehrte Frauen Stadträtinnen und Herren Stadträte

Wie durch das St. Galler Tagblatt publik gemacht, verzinst die Stadt St. Gallen aktuell ca. 490 sogenannte Anlagekonten im Wert von knapp CHF 59'000'000.00 für ehemalige und aktive Mitarbeiter<sup>1</sup>. Der Zinssatz entspricht 0.5 %. Die Stadt St. Gallen darf dies tun, weil diese Geldeinlagen gemäss Art. 1 Abs. 2 Bankgesetz (BankG) keine sog. Publikumseinlagen sind und gemäss Art. 6, Abs. 2 Bankenverordnung (BankV) keine Gewerbsmässigkeit vorliegt, die Stadt also die fehlende Banklizenz kommuniziert und die Konten nicht von der Einlagensicherung erfasst werden.

Alles ist rechtens und auf diese Weise kann die Stadt Investitionsgelder teils sogar günstiger aufnehmen, als auf dem Kapitalmarkt – was es auch aus Sicht Steuerzahler ‚attraktiv‘ macht – Investitionen werden tiefer verzinst.

Dieses Thema verfügt aktuell aber noch über viel zu wenig Transparenz, weshalb ich dem Stadtrat für die Beantwortung der folgenden Fragen danke:

1. Da diese Form der verzinsten Einlage nur Mitarbeitenden der Stadt möglich ist, sind es eindeutige Lohnnebenleistungen (Fringe Benefits). Wann gedenkt der Stadtrat diese konkrete Lohnnebenleistung ins Personalreglement (PR) der Stadt: SRS 191.1, aufzunehmen?

---

<sup>1</sup> Fortan wird der Einfachheit halber nur noch von „Mitarbeitenden“ gesprochen. Dies stellvertretend für „aktuelle und ehemalige Mitarbeitende“.

2. Dürfen die Mitarbeitenden der Stadt St. Gallen nur deren eigenes Geld (sprich: eben diese Mitarbeitenden sind die «Wirtschaftlich Berechtigten<sup>2</sup>») auf diese Anlagekonten einzahlen?
3. Wenn die Antwort zu 2) „Ja“ ist: Wie prüft der Stadtrat, dass die Mitarbeitenden wirklich nur deren Geld einzahlen und nicht bspw. Gelder von anderen Personen, an denen die Mitarbeitenden nicht wirtschaftlich berechtigt sind, um diesen Dritten diesen Vorzugszins von 0.5 % zu ermöglichen?

Die kritische Hinterfragung rührt daher, dass das durchschnittliche Anlagekapital auf diesen Konten über CHF 120'000.00 ist – eine beträchtliche Summe.

4. Bei „Nein“ bei der Frage 2) – wie begründet der Stadtrat, dass Personen, die keine Mitarbeitenden der Stadt sind, 0.5 % Zinsen auf Sparguthaben erhalten, finanziert durch Steuergelder?

Anschlussfrage: Verzinsen die Stadträte/innen selbst und Departementsleiter/innen auf deren Konten auch Gelder, an denen sie nicht wirtschaftlich berechtigt sind?

5. Wieviel Zinsen hat die Stadt St. Gallen durch diese Form der Kapitalaufnahme in den letzten Jahren weniger bezahlt?

Mit bestem Dank und freundlichen Grüssen



Christian Neff

Stadtparlamentarier SVP

---

<sup>2</sup> Unter dem Begriff «Wirtschaftlich Berechtigte» versteht man diejenige Personen, denen die eingebrachten Vermögenswerte wirtschaftlich zuzurechnen sind. Die wirtschaftlich Berechtigten müssen nicht notwendigerweise mit einer Vollmacht/Unterschriftenberechtigung für die Geschäftsbeziehung ausgestattet sein.